

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	19
		<b>TOP:</b>	1
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	134/2024
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	18.03.2024		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Haller-Kindler (OB-KB)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Aktionsplan Kinder- und Jugendfreundliche Kommune 2024 - 2026</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 11.03.2024, GRDRs 134/2024, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Aktionsplan Kinder- und Jugendfreundliche Kommune 2024-2026 (siehe Anlage 1) wird beschlossen.
2. Das Kinderbüro stellt für die Stadt Stuttgart nach Beschluss des Aktionsplanes den Antrag zur Prüfung des Aktionsplanes Kinder- und Jugendfreundliche Kommune 2024 - 2026 an Kinderfreundliche Kommunen e. V.
3. Die Kinderbeauftragte wird mit der Koordinierung der Umsetzung des Aktionsplanes und mit der Berichterstattung gegenüber dem Gemeinderat und Kinderfreundliche Kommunen e. V. beauftragt

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BMin Fezer erläutert, bei dieser Vorlage gehe es um einen Sachbeschluss, die Umsetzung der Vorlage zu dem Aktionsplan Kinder- und Jugendfreundliche Kommune 2024 - 2026. Die Haushaltsbeschlüsse seien eingearbeitet und in dieser Vorlage berücksichtigt worden. Aufgrund dessen werde auf eine Einführung verzichtet.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) sowie die anderen Stadträtinnen und Stadträte und Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bedanken sich für die Vorlage und bei Frau Haller-Kindler (OB-KB) für ihr Engagement. Es handle sich bei dem Aktionsplan um einen partizipativen Ansatz, einer der wissenschafts- und evidenzbasierend sei, bemerkt StR Lazaridis. Ebenso seien die Partizipationsmöglichkeiten in der Ganztagschule sehr wichtig. Hierbei interessiert den Stadtrat, wie diese Maßnahme vorangebracht werden könne, damit sich die Schule zu einem partizipativen Lebensort entwickle. Zur Partizipation im Ganztag führt Frau Haller-Kindler aus, mit den Trägern sei man in den Ganztagsgrundschulen gute Schritte gegangen. Die Partizipation werde durch die Träger im Ganztag vorangetrieben, müsse bekanntgemacht und implementiert werden. Die Herausforderung komme von den Lehrkräften, da das Thema nicht in der Weise unterstützt werde, wie es wünschenswert wäre. Bei diesem Thema sei das Kinderbüro in Kontakt mit dem Staatlichen Schulamt. Da die Träger die Treiber der Partizipation seien, werde folgerichtig bei den SBBZ und den weiterführenden Schulen daran angeknüpft und werden Konzepte übertragen. Partizipation von Kindern und Jugendlichen sei eine sehr ernste Sache, gerade im Rahmen der Demokratiebildung, da Kinder ernst genommen und gehört werden wollen.

StR Dr. Nopper (CDU) bezieht sich auf die Anlage der Vorlage und zitiert, Stuttgart als "Leuchtturm der Kinderrechte in Deutschland." Sich seinem Vorredner anschließend lobt der Stadtrat den partizipativen Prozess. Zu der Maßnahme 1.4, Übergewicht und Adipositas, erkundigt sich StR Dr. Nopper nach den Prozentangaben, wenn in Stuttgart rund 14.000 Kinder und Jugendliche von Übergewicht und Adipositas betroffen seien. Insgesamt sehe seine Fraktion die Ansätze des Aktionsplans sehr positiv an. Herr Dr. Bischof (GesundhA) ergänzt, von ca. 95.000 Kinder hätten rd. 14.000 Kinder Adipositas. Schwer behandlungsdürftige Kinder seien beim letzten Einschuljahrgang rund 80 Kinder von den 6.000 pro Jahrgang gewesen. Im Schulkindalter stiegen diese Zahlen etwas an.

Angesichts des geäußerten Lobs beschäftigt StRin Meergans (SPD), dass grundlegende Themen nicht gelöst werden. Diese Themen, wenn Kinder und Jugendliche in Armut oder in Unterkünften sowie in Sozialunterkünften aufwachsen, betreffen diese in ihrer Lebenswelt. Die strukturellen Veränderungen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation gelängen kaum. StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) sowie StRin Hübsch (PULS) schließen sich StRin Meergans an, dass die grundlegenden und strukturellen Probleme angegangen werden müssen. Bezogen auf den Lebensraum Schule weist StR Pantisano auf die Problematik hin, dass es nicht genügend Schulplätze in den weiterführenden Schulen in der Stuttgarter Innenstadt gebe.

Zu den strukturellen Maßnahmen äußert Frau Haller-Kindler, diese seien definitiv richtig. Kinder in Gemeinschaftsunterkünften sollten Platz, einen Schreibtisch und Privatsphäre haben. Die Forderung bestehe nach wie vor, für diese Kinder, die den Platz benötigten, die Forderung aufrechtzuerhalten.

Die gute ämterübergreifende Zusammenarbeit der Stadtverwaltung sowie die Beteiligung des Jugendrats und der freien Träger hebt StRin Hübsch besonders hervor. Die

Ausdehnung der Spielstraßen sowie ein Ausbau von Spielplätzen sieht die Stadträtin als besonders wichtig an und meint, es gebe noch Luft nach oben. Diese Ansicht teilt StRin Höh (FDP). Es gehe nicht nur um den Ausbau in der Kindertagesbetreuung oder den Ausbau hinsichtlich des Lebensraums Schule, sondern grundsätzlich sei noch viel zu tun.

Frau Olgun-Lichtenberg (OB-CG) erinnert an das 30-jährige Jubiläum der AG Mädchenpolitik und nimmt diese Veranstaltung zum Anlass, bezogen auf den Aktionsplan, den geschlechtersensiblen Blick mit unterschiedlichen Bedarfen und Rahmenbedingungen einzunehmen. Die Abteilung Chancengleichheit oder die AG Gender sollte aktiver in die Weiterentwicklung der Maßnahmen einbezogen werden. Hinsichtlich des geschlechtersensiblen Blicks äußert Frau Haller-Kindler, sie lade gerne die AG Gender oder eine Koordinierungsgruppe der Abteilung OB-CG ein.

Herr Käpplinger erkundigt sich nach der Beteiligung der freien Träger hinsichtlich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus fragt er, ob die 12- bis 18-Jährigen in gleicher Weise wie die Kinder beim Aktionsplan mit seinen Maßnahmen berücksichtigt worden sind. In 16 der 33 Maßnahmen seien ausdrücklich Jugendliche die Zielgruppe, so Frau Haller-Kindler. Jugendliche werden zukünftig konkret in die Umsetzung von Projekten einbezogen, die sie interessieren und betreffen, und nicht in die Gremienarbeit.

Frau Reinholdt merkt an, dass die Kinder mit Bonuscard ein Anrecht auf ein warmes Mittagessen haben. Diese Maßnahme könne leider nur an Schulen mit einer Mensa umgesetzt werden. Darüber hinaus müsste die Betreuung an den Schulen in Randzeiten forciert werden. Bezogen auf die Inklusion und Teilhabe vermisse sie eine Ferienbetreuung an den SBBZ, damit Eltern ihren Berufen nachgehen könnten. Die Entwicklung der Schulwege sieht Frau Reinholdt als drängend an. Ihren Wortbeitrag abschließend erkundigt sie sich nach einem Zeitrahmen, wann welche Maßnahmen abgeschlossen sein werden. Insgesamt sei der Zeitraum von 2024 bis 2026 vorgesehen und wenigstens 2-jährlich einen Zwischenbericht vorzulegen, informiert Frau Haller-Kindler.

Bezogen auf die Kinder mit Bonuscard sowie die Betreuung in Randzeiten teilt Frau Haller-Kindler mit, das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei für sie persönlich sehr wichtig, allerdings keine Aufgabe der Kinderbeauftragten im Aktionsplan. Bei der Inklusion sei die Verwaltung mit der Konzeption der Spielflächen einige Schritte vorangekommen. Der Anspruch beinhalte, dass über die ganze Stadt, zumindest in jedem Stadtbezirk Spielflächen vorhanden seien.

Sich den Worten ihrer Vorrednerin anschließend bemerkt Frau Dr. Wagner, es wäre schön, wenn die Bürger\*innen über den Aktionsplan Kinder- und Jugendfreundliche Kommune informiert wären, beispielsweise in Form eines Flyers. Zur Schulwegesicherheit von Kindern, so Frau Dr. Wagner, könnten Eltern kritische Stellen identifizieren. Sie interessiert, welche Möglichkeiten es gebe, dass Eltern auf unsichere Wege hinweisen können, um Maßnahmen des Aktionsplans zu unterstützen. Darüber hinaus fragt sie, wie sogenannte "Wirksamkeitskontrollen" durchgeführt werden. Zu der besseren Kommunikation der Maßnahmen führt Frau Haller-Kindler aus, sämtliche Kanäle werden informiert. Falls die Informationen in der Öffentlichkeit nicht genügend ankämen, wäre eine dahingehende Öffentlichkeitsarbeit eine Aufgabe für die Abteilung Kommunikation. Zu den Wirksamkeitskontrollen informiert sie, es könnten die Umsetzungen von Maßnahmen gemessen werden. Bei vielen Themen sei es dagegen schwer, Instrumente zu

entwickeln, um die Kinderfreundlichkeit zu messen. Zur Kommunikation der Maßnahmen ergänzt die Vorsitzende, diese seien es wert, der Öffentlichkeit bekanntgemacht zu werden. Sie richtet einen Appell an die Mitglieder des JHA, als Multiplikator\*innen zu wirken und über die Maßnahmen in den Kreisen und Verbänden zu berichten.

Frau Demircan (Jugendgemeinderat) bedankt sich für den Aktionsplan sowie die Beteiligung des Jugendgemeinderats. Dem Jugendrat sei es sehr wichtig, dass die Stadt Stuttgart attraktiver und sicherer für junge Menschen wird. Wobei der Aktionsplan diese Ziele verfolge, wie die Maßnahmen "Nachtboje" oder auch die Sicherheit von den Schulwegen, aber auch Maßnahmen wie 2.7 (Nichtkommerzielle Begegnungsorte für Jugendliche im öffentlichen Raum) und 4.6 (Niederschwellige Beteiligungsformate im öffentlichen Raum). Darüber hinaus sei der Jugendrat sehr froh, dass die mentale Gesundheit von jungen Menschen im Aktionsplan aufgegriffen worden ist. Der Jugendgemeinderat unterstütze den Aktionsplan in voller Gänze und hoffe sehr auf eine gute Umsetzung.

Als Kinderbeauftragte, so Frau Haller-Kindler, schaue sie auf Maßnahmen, die noch nicht gelängen. Hinsichtlich des Maßstabs für Kinderrechte seien die geäußerten Anmerkungen, besonders im Hinblick auf Armut und Benachteiligung von betroffenen Kindern, völlig richtig. Die grundsätzliche Frage, wie kindgerecht eine Stadt sein könne, betreffe den Raum für Kinder und Jugendliche. Bezogen auf die Kinder in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften, teilt die Kinderbeauftragte mit, erhalte das Kinderbüro durch die Einführung von Kindersprechstunden einen völlig anderen Einblick in die Situation von Kindern. Sehr ernsthaft werde in einen Austausch gegangen, wenn Kinder formulierten, dass sie ein eigenes Zimmer benötigten - auch wenn dies aktuell nicht machbar sei, fühlten sich die Kinder ernstgenommen. Es sei unser aller Aufgabe, so Frau Haller-Kindler, dass Kinder ein eigenes Zimmer erhalten, damit sie Platz zum Spielen hätten.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / fr

## Verteiler:

- I. OB-KB  
zur Weiterbehandlung  
weg. VA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-CG
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. Referat SOS  
Amt für Sport und Bewegung
  5. Referat JB  
Jugendamt (2)
  6. *Referat SI*  
*Sozialamt*  
*SI-BB*
  7. Referat SWU  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
  8. Referat T  
Hochbauamt (2)  
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
  9. Amt für Revision
  10. L/OB-K
  11. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. SPD-Fraktion
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  6. FDP-Fraktion
  7. Fraktion FW
  8. AfD-Fraktion
  9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

*kursiv = kein Papierversand*